Zeitschrift: Film und Radio mit Fernsehen

Herausgeber: Schweizerischer protestantischer Film- und Radioverband

Band: 16 (1964)

Heft: 1

Rubrik: Die Welt im Radio

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

AMERIKA LERNT

ZS. Die Ermordung Kennedys scheint in den Vereinigten Staaten, manchen Radiosendungen nach zu schliessen, nicht nur eine emotionelle, sondern auch eine geistige Erschütterung bis in bis jetzt immer als unerschütterlich geltende Tiefen bewirkt zu haben. Wie aus einem Traum erwacht, beginnt man sich kritisch umzublicken und zu fragen, ob die amerikanischen Ideale wirklich über jeden Zweifel erhaben sind.

In einer solchen Radiosendung hat H. McNeill die Frage nach der amerikanischen Demokratie gestellt. Seit Jahrzehnten ist sie als die ideale Regierungsform überall propagiert worden, und trotzdem nehmen auf der Welt, wie er richtig feststellt, die Diktaturen immer mehr zu. Gewiss war die Demokratie schon immer ein seltener Gast in der Geschichte. Im alten Griechenland selber, das sie erfand, konnte sie sich nur etwa 200 Jahre halten. Und in den Grosstaaten der Neuzeit ist sie kaum 100 Jahre alt. Vor fünzig Jahren war in Amerika jedermann ohne Unterschied der Parteirichtung überzeugt, dass die nächste Stufe der politischen Entwicklung in der Ausbreitung der demokratischen Selbstregierung auf der Welt bestehen werde. Demokratie schien damals das selbstverständliche Gegenstück zu der gigantischen Industrie-Entwicklung. Die demokratischen Einrichtungen wurden als der Gipfelpunkt der Zivilisation betrachtet, das Ziel, nach welchem die Menschheit immer hingestrebt habe.

Und heute? Die Geschichte seit dem 1. Weltkrieg zeigt ein wesentlich anderes Bild. Die Demokratie hat sich keineswegs unwiderstehlich durchgesetzt. Russland und dann Italien mit Mussolini waren die ersten Abweichungen. Dann kam Hitler und schliesslich sogar Frankreich unter Pétain. Gewiss wurde das Ansehen der Demokratie durch den angelsächsischen Sieg im Zweiten Weltkrieg stark gehoben, aber die Hoffnungen auf ein demokratisches Ost-Europa wurden durch die roten Armeen rasch zerstört. Der demokratische Idealismus Amerikas wandte sich darauf den neuen, afrikanisch-asiatischen Staaten zu. Aber auch hier gab es mehr Enttäuschungen als Erfolge. Die Ein-Mann Regierungen sind auch hier bedeutend zahlreicher, wenn auch manchmal durch eine Art Volksabstimmung anerkannt. Regierungen, gestützt auf freie Parteien gibt es nahezu keine, sodass die Wähler meist keine Wahl zwischen verschiedenen Führern treffen können. In Südamerika sind sogar demokratische Regierungen in ihrer Existenz bedroht, und selbst in Westeuropa halten die Amerikaner in Spanien und Frankreich eine Fortdauer undemokratischer Regierungen, auch nach dem Sturz der gegenwärtigen Herrscher für möglich, und befürchten auch einen möglichen Umsturz in Italien.

Diese Tatsachen erschütterten das überschäumende Selbstvertrauen der Amerikaner aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg. Ihr Glaube an die Zukunft der Demokratie beruhte auf einem unbeschränkten Vertrauen in die menschliche Vernunft (und, wenn auch unbewusster, in die protestantische neu-testamentarische Ueberzeugung, dass wir alle Brüder mit genau gleichen Rechten sind). Die auf Vernunft gegründeten Wissenschaften hatten so gewaltige Fortschritte gemacht, wie konnte es da anders möglich sein, als dass auch in der Politik auf die Vernunft abgestellt würde! Demokratie erschien so als die weitaus beste aller Lösungen und als die einzige, die auch den Lehren des Neuen Testamentes entsprach im Gegensatz zu allen Diktaturen, wo sich ein Einzelner alle Rechte über seine Mitmenschen bis zur gewaltsamen "Gehirnwäsche" anmassen konnte.

Was die Amerikaner an der heutigen Lage besonders irritiert, ist, dass alle gegenwärtigen und vergangenen Diktatoren quasi-religiöse Gefühle unter ihren Anhängern hervorriefen. Alle behaupten, Träger der wahren, demokratischen Lösungen für jedes politische Uebel zu sein, den wirklichen Willen ihrer Untertanen zu verkörpern. Es wird dabei nicht davor zurückgeschreckt, selbst Abstimmungen zu manipulieren, wenn nicht die Ausrede vorgezogen wird, Abstimmungen sofort abzuhalten, "sobald die korrupten Reste des vorangegangenen Regimes beseitigt seien," und das Volk an den Urnen seinen wahren Willen zeigen könne. Bei den Kommunisten nimmt man sich manchmal nicht einmal diese Mühe; es wird bündig erklärt, die Diktatur des Proletariates vertrete den wahren Willen und die Interessen des Volkes und damit basta. Ob ein schlecht orientiertes Volk das ablehne, spiele gar keine Rolle. Wahlen und Abstimmungen werden dazu überall so "arrangiert", dass sie den Fortbestand der Diktatur scheinbar rechtfertigen. Gegner landen in Zuchthäusern oder Arbeitslagern, schwankende Meinungen werden durch ein einseitiges Propagandageprassel beeinflusst. Ermahnungen von Seiten der Vereinigten Staaten an neugegründete Staaten erzeugten nur demütigende Abweisungen. Bestenfalls wurde erklärt, dass man gerne die Demokratie einführen würde, wenn nur gewisse schlechte Menschen sich anders aufführen würden.

Ziemlich rasch wurde dann in Amerika die Ansicht vertreten, dass Demokratie nie dort gedeihen könne, wo Armut herrsche. Zuerst müsse eine wirtschaftliche Entwicklung einsetzen, dann erst sei Demokratie als Dauerzustand möglich. Dieses Argument dient zur Begründung der massiven Hilfsprogramme Amerikas seit 1941, die sich in der Tat in West-Europa günstig auswirkten. In allen andern Kontinenten zeitigte sie jedoch nicht die gleichen günstigen Resultate. Es zeigte sich, dass die Industrialisierung auf alte Gesellschaftsformen zerstörend wirkt, dass alte soziale Ordnungen und Beziehungen, traditionelle Sitten, dadurch vernichtet werden. Dadurch werden auch bisherige, politische Gleichgewichte zerstört, und das Resultat dieser Umwälzungen ist die Anwendung blinder Gewalt. Besonders massive Kapitalhingaben bewirken eine rasche Auflösung der alten Ordnungen überall da, wo noch keine Industrie besteht. So ergab sich der schwerwiegende Widerspruch, dass bei allen unterentwickelten Völkern die grossen Geldhilfen demokratische Regierungen unterminierten, statt sie zu stärken. Wenn schon in hochentwickelten Ländern soziale Umschichtungen sich auf das politische System auswirken können, so seien die politischen Reaktionen in ärmeren Staaten, in denen die Demokratie sowieso ein Importartikel ist, noch viel heftiger. Entweder entstehe dann eine Diktatur, oder der Staat breche auseinander, wie dies beinahe im Kongo der Fall gewesen sei und nur durch die UNO habe vermieden werden können. Immer wieder zeige sich, dass in solchen Umwälzungen disziplinierte Gruppen, auch wenn sie sehr klein seien, der Majorität ihren Willen aufzwingen könnten. Besonders die Kommunisten hätten dies wiederholt demonstriert. Auch die militärischen Staatsstreiche liessen sich auf diese Weise erklären, sagt McNeill, denn auch militärische Disziplin gebe eine brauchbare Grundlage für solche Machtergreifungen ab.

Hier zeigt sich das Dilemma, in welchem die Demokratie heute steckt. Wie soll sie ein Gegenstück zur kommunistischen Partei oder zu militärische, anti-demokratischen Kräften für politische Zwecke schaffen, ohne demokratische Grundsätze zu verraten?

So kommt Mc Neill heute zum Schluss, dass es in vielen Ländern Zeiten gebe, wo das Prinzip der Mehrheit in einem Volke einfach nicht brauchbar sei oder nur unverantwortliche und unwirksame Regierungen zustande bringe, welche die wirtschaftliche Entwicklung eher hinderten als förderten. Es habe sich auch gezeigt, dass über viele wichtige Probleme überhaupt keine Meinung einer Mehrheit bestehe, während ein Demagoge rasch eine Mehrheit für gewisse Forderungen zusammenbringe, zum Beispiel für Lohnerhöhungen usw. Solche Mehrheiten zerstörten jedoch die Entwicklung eines Landes, und gerade das sei in Cuba und auch in Indonesien vorgekommen. Man muss zugeben, dass das amerikanische Denken seit Wilsons Zeiten eine grosse Wandlung durchgemacht hat; solche Aeusserungen wären damals unmöglich gewesen.

Die Amerikaner mussten auch die Erfahrung machen, dass massive Geldhilfen in vielen Staaten keineswegs populär sind. Auch das ruft Veränderungen hervor, und solche verletzten immer irgendwen. Dazu ist ausländisches Kapital immer von ausländischen Beratern begleitet. Auch wenn diese sehr vorsichtig vorgehen und lokale Empfindlichkeiten bestmöglichst geschont werden, ist doch immer mit starker Gegnerschaft zu rechnen. Niemand sieht gerne Ausländer, welche die Kompetenz haben, alte Traditionen zu ändern. Es kann so vorkommen, dass gerade demokratische Regierungen fremde Hilfe und Berater zurückweisen, während Diktaturen, die auf die Ansichten im Volk keine Rücksicht nehmen müssen, grosse Vorhaben mit ausländischer Hilfe viel leichter durchführen können.

Im Gegensatz zur frühern, simplen Ansicht der massgebenden Kreise Amerikas bricht sich heute die Auffassung Bahn, dass die Verfolgung wirtschaftlicher Ziele bei den unterentwickelten Völkern keineswegs immer eine Grundlage für stabile, demokratische Regierungen bildet. Schnelle Veränderungen sind viel eher dazu angetan, autoritäre Regierungen hervorzurufen. Sicher sind allerdings Demokratien auf die Dauer durch ihre freie, öffentliche Meinung und Kritik viel anpassungsfähiger an die wirtschaftliche Entwicklung als eingleisige Diktaturen, welche jede Kritik ausschliessen, und andere noch so begründete Ansichten gar nicht zu Worte kommen lassen. Hier können riesige und die Existenz eines Landes gefährdende Fehler begangen werden, wie sich gegenwärtig in der sowjetischen Landwirtschaft zeigt. Am Ende brach bei Mc Neill doch wieder der alte, amerikanische Optimismus durch, als er sagte: vielleicht sind die vielen Diktaturen nur eine Kinderkrankheit der sich rasch entwickelnden Industriegesellschaft. Und unsere Nachkommen werden eines Tages viel mehr echte Demokratien auf der Erde erblicken als wir. Aber es tönte dies eher als der Ausdruck einer Hoffnung, denn als sichere, unbezweifelbare Gewissheit.

Von Frau zu Frau

EIN LUSTIGES NEUES JAHR

EB. Ich habe eine Glückwunschkarte von einer fremdsprachigen Freundin erhalten. Darauf steht unter anderm:"Ich wünsche Ihnen ein lustiges neues Jahr". Ich wurde stutzig - wie ungewohnt das klingt! Der guten Schreiberin war offenbar der Unterschied zwischen "fröhlich" und "lustig" nicht ganz geläufig.

Aber sie hat mich mit ihrem "lustigen" Wunsch ein wenig zum Nachsinnen gebracht. Wo liegt denn eigentlich der Unterschied? Und